

Anhaltende Besserung am Devisenmarkt.

Berlin, 30. Mai. Auf dem Devisenmarkt machte die Verwirklichung der Beteiligungen heute ansehnliche Fortschritte, namentlich die Buteilung von Londonstieg von 10 auf 80, Holland von 20 auf 40 und neuerdings New York von 8 auf 10 Prozent. Alle übrigen Devisen wie auch ausländische Noten wurden wieder voll zugestellt. Der Bedarf an Devisen war abermals erheblich geringer, die Abnahme betrug bei Kabel New York 25 und bei Paris und Brüssel 50 Prozent. Andererseits zeigte sich für Devisen London größeres Angebot. Es wurden etwa 157 000 Pfund abgegeben. Der französische Finanzminister sagte international schwächer. Der Kurs der Mark war weiter behauptet und teilweise sogar höher. London meldet 18 1/2, Paris 1,34, Amsterdam 0,93. In Berlin waren die Kursnotierungen ebenfalls durchgängig wieder niedriger. Auszahlung Paris ging auf 21,85 zurück. Der Kurs der Dollar-Schuldscheine ging weiter bis auf 75 zurück.

Die Finanzabgabeung des Reiches

gewinnt immer solidere Formen. Wie jetzt bekannt wird, sind im April über 500 Millionen Goldmark an Steuern eingegangen. Allein die Umsatzsteuer hat 156,4 Millionen erbracht. Rund 80 Millionen Mark beträgt die Einkommensteuer aus Lohnabzügen. Die Einnahme aus der ersten Rate zur Vermögenssteuer und aus der Körperschaftsteuer erreichten ungefähr die gleiche Höhe, jene 23, diese 25 Millionen Mark. Unter den Verbrauchsteuern nimmt die Tabaksteuer mit 35 Millionen Mark die erste Stelle ein. Die Biersteuer hat nur 10 Millionen Mark erbracht, die Weinsteuer etwa 7 Millionen, die Zuckersteuer 13 Millionen. Insgesamt sind an Besitz- und Verkehrssteuer im April 429 Millionen Goldmark eingegangen, an Zölle und Verbrauchsteuern 92,5 Millionen Goldmark.

Die neue Militärkontrollnote.

Die Antwortnote der Botschafterkonferenz auf die deutsche Note vom 31. März über die Regelung der Militärkontrollnote, die am Montag in Berlin eingetroffen ist, wird nunmehr im Wortlaut veröffentlicht. Diese Veröffentlichung bestätigt durchaus den ersten Eindruck, den man nach Pariser Mitteilungen von dem Inhalt und dem Sinn der neuen Note haben mußte: Sie ist sachlich eine Wiederholung der schon oft zur Diskussion gestellten fünf Punkte, nach deren Regelung die Einrichtung der Militärkontrollkommission abgebaut und durch ein einfacheres, klareres arbeitendes und auch nach außen hin weniger in die Erscheinung tretendes Organ ersetzt werden soll. Auch heute wieder muß betont werden, daß diese fünf Forderungen, wenn man sich an den Wortlaut und den Sinn der einschlägigen Bestimmungen des Versailler Vertrages hält, so gut wie reiflos erfüllt sind.

Neu ist an der jüngsten Note aus Paris lediglich die Ankündigung, daß man vor der Neuregelung der Kontrollfrage noch einmal eine Generalinspektion des deutschen Rüstungsstandes vorzunehmen beabsichtigt. Eine Untersuchung, deren zeitliche Ausdehnung auf einen Zeitraum von drei bis vier Monaten mehr als reichlich bemessen erscheint. Ob die deutsche Regierung, wenn sie endlich einer Lösung der Kontrollfrage nahekommen will, eine solche letzte Generalinspektion abschlagen kann, ist fraglich. Das Bedenkliche an der ganzen Situation ist, daß Deutschland zu einem Zeitpunkt vor die Entscheidung über diese Frage gestellt wird, in der alles, was nach Demütigungen und Aufreizung aussteht, dazu beitragen muß, den Rückhalt des Rechtsradikalismus zu stärken. Von dieser Seite aus betrachtet, steht die Note einem letzten tödlichen Streich des scheiternden Regimes Poincaré verzwelfelt ähnlich.

Aus der Antwortnote der Botschafterkonferenz.

Der Teil 3 aus der Antwortnote beschäftigt sich mit der Frage, ob die Abrüstung Deutschlands vollendet und die Möglichkeit der Kontrollkommission damit hinfällig geworden sei wie die deutsche Regierung am 31. März auseinandersetzt. Die Botschafterkonferenz antwortet wie folgt: „3. Wenn die Deutsche Regierung in der Frage der deutschen Abrüstung bereits jetzt die Intervention des Rates des Völkerbundes verlangt, so verkennt sie die juristische Tragweite der Bestimmungen in Teil 5 des Vertrages von Versailles. Nach dem Wortlaut des Vertrages haben die Militierten Regierungen das unbestreitbare Recht, die Kontrollkommission in ihrer vollen Tätigkeit solange aufrechtzuerhalten, bis die Vertragsbestimmungen, für deren Durchführung eine zeitliche Grenze festgesetzt ist, reiflos durchgeführt sind. Man dürfte schwerlich behaupten können, daß diese Bedingung heute erfüllt ist. Solange aber die Kontrollkommission in Funktion bleibt, kommt es ihr allein zu, die Ausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages zu überwachen; diesem Grundgesetz entsprechend hat die Kontrolle seit dem 10. Januar 1920 funktioniert. Andererseits steht es den Militierten und allein den Militierten zu, darüber zu entscheiden, ob und in welchem Augenblick die Bestimmungen, für deren Durchführung eine zeitliche Grenze vorgesehen ist, als vollkommen durchgeführt anzusehen sind. Sobald die Militierten in dieser Beziehung zufriedengestellt sind, werden sie dem Rate des Völkerbundes Bericht erstatten, und diesem wird es dann obliegen, gemäß Artikel 213 solche Maßnahmen zu treffen, welche für angemessen oder notwendig erachtet werden könnten. Es kann also nicht, wie die Deutsche Regierung dies anzunehmen scheint, die unmittelbare Anwendung des Artikels 213 in Frage kommen; diese Betrachtungsweise hat auch der Rat des Völkerbundes in einem ähnlichen Falle, nämlich durch seine Entscheidung vom 23. April 1923 in Sachen der Kontrolle in Bulgarien ausdrücklich zurückgewiesen. In übrigen erachten die Militierten Regierungen es nicht für opportun, sich über die Bedingungen zu verbreiten, un-

ter denen nach Ansicht des Ausschusses Weiterung der Artikel 213 angewendet werden sollte; aber ihr Schmelzen hinsichtlich dieses Punktes darf in keiner Weise als eine Zustimmung zur deutschen These betrachtet werden.“

Weiter wird ausgesprochen, daß die Militierten nicht im geringsten annehmen, daß Deutschland abgerüstet habe: „Es ist wahr, so lautet es unter Punkt 5, daß die Britische Regierung im Unterhaus gewisse Erklärungen mit Bezug auf die deutsche Abrüstung abgegeben hat; aber durch diese Erklärungen hat sie nicht sagen wollen, daß Deutschland seine Abrüstungsverbindlichkeiten erfüllt hätte; sie hat lediglich kundgegeben, daß ihr zu einem bestimmten Zeitpunkt gewisse auf die Abrüstung bezügliche Bestimmungen als praktisch auszuführen erschienen seien. Ebenso haben die Militierten Regierungen, als sie sich unterm 20. September 1922 bereit erklärten, die Aufgabe der Kontrollkommission unter gewissen Bedingungen für beendet zu erklären. Insbesondere anerkennt man oder auch nur angenommen (1), daß die deutsche Abrüstung durchgeführt sei.“

Abchnitt 6 bearbeitet die Generalinspektion und lautet: „6. Die Generalinspektion, die in der alliierten Note vom 5. März 1924 ins Auge gefaßt war, hat also in keiner Weise den Charakter, den die Deutsche Regierung ihr beilegt. Die Deutsche Regierung hat den für Deutschland vorteilhaftesten Vorschlag in der Note vom 20. September 1922 nicht angenommen, und der Kontrollkommission ist in den Monaten, die darauf folgten die Ausübung ihrer Tätigkeit unumstößlich gemacht worden; die Militierten hatten daher das Recht, ihr Anerbieten ohne weiteres zurückzulehnen. Sie haben dies nicht tun wollen, aber es ist natürlich, daß sie es bei seiner Erneuerung von einer Vorbedingung abhängig gemacht haben, und daß sie es für notwendig gehalten haben, sich von dem militärischen Zustande Deutschlands ein Bild zu machen, den sie seit beinahe zwei Jahren nicht haben kontrollieren können.“

Der Ruhrkonflikt einer Lösung nahe?

BRN. meldet: Die Abstimmung der Regierungskonferenz der beiden größten Bergarbeiterverbände ergibt zusammen eine große Mehrheit für die Annahme des Schiedsspruches sowie für die Wiederaufnahme der Arbeit. Insgesamt wurden 204 Stimmen für die Annahme und 114 Stimmen für die Ablehnung des Schiedsspruches abgegeben. Allein der Gewerkschaftsverband der Bergarbeiter stimmte mit 121 gegen 7 Stimmen für die Annahme.

Bevorstehende Arbeitsaufnahme.

Offen, 30. Mai. Nachdem der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch für den Ruhrbergbau für verbindlich erklärt hat, rechnet man im Ruhrgebiet damit, daß Anfang nächster Woche die Arbeit im Ruhrbergbau, die seit vier Wochen unterbrochen war, allgemein wieder aufgenommen wird. Der alte Bergarbeiterverband hat heute nochmals eine Konferenz einberufen, die sich mit der Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministers beschäftigen soll. Der Verband will auch heute nachmittags die in der Konferenz vom Mittwoch vorgesehene Abstimmung über einen Streik durchführen. Für den Streik ist nach den Satzungen des alten Bergarbeiterverbandes ein Dreiviertelmehrheit erforderlich. Da aber der Schiedsspruch von der Regierung mit 107 gegen 83 Stimmen abgelehnt worden ist, erscheint eine Dreiviertelmehrheit für den Streikschluß ausgeschlossen.

Der zweite große Bergarbeiterverband, der Gewerkschaftsverband der Bergarbeiter, dessen Regierungskonferenz den Schiedsspruch fast einstimmig angenommen hat, hatte bereits für Mittwoch und den Donnerstagabend zahlreiche Mitarbeiterkonzernungen im ganzen Bezirk einberufen. In denen die Entscheidung der Regierungskonferenz aufgegeben wurde. Wie wir vom christlichen Gewerkschaftsverband hören, sind bereits heute früh zahlreiche Arbeiter, fanden jedoch die Beschlüsse verabschiedet. Aus Arbeitserkreisen wurde heute mitgeteilt, daß nur auf wenigen Stellen die Arbeit in größerem Umfang wieder aufgenommen worden ist. Für eine allgemeine Arbeitswiederaufnahme seien in manchen Fällen erst gewisse Vorbedingungen zu treffen.

Gewitterwolken.

Bedenkliche Verschärfung des amerikanisch-japanischen Konflikts.

Tokio, 30. Mai. Die „Times“ meldet aus Tokio: Die Lage hat durch die nach Washington gegangene Note eine bedenkliche Verschärfung erfahren. In Tokio finden Volksoberungen statt, in denen in jählicher Weise der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Amerika gefordert wird. Die Nichtveröffentlichung der in Washington überreichten Note läßt auf ihren außerordentlich ernsten Inhalt schließen.

Rotterdam, 30. Mai. „Morningpost“ meldet aus Tokio: Der Regiereminister hat am 28. Mai die beiden letzten Jahresklassen zu militärischen Übungen einberufen. Auch der Marineminister hat alle Urlaube in der Flotte zurückgelassen. In Tokio ist es am Dienstag zu ersten Demonstrationen vor dem amerikanischen Botschaftsgebäude gekommen. Es verlautet, daß der japanische Reichstag am 6. Juni zusammentritt.

Berlin, 30. Mai. „Herold“ meldet aus Neuporf: Die Neuporfer Presse steht in der Ueberzeugung der japanischen Note ein ernstes Omen, zumal die Regierung erklärt, die Note wegen ihres Inhalts im höchsten Augenblick nicht veröffentlicht zu können. „Herold“ schreibt, daß die Japaner in großer Anzahl die Vereinigten Staaten verlassen, weil sie mit ersten Verwundungen rechnen.

Verständigung der drohenden Kriegsgefahr in Bessarabien.

Rotterdam, 30. Mai. „Morningpost“ meldet aus Bukarest: In Bessarabien ist der Zustand der drohenden Kriegsgefahr

schon vermindert worden. In Bukarest finden große patriotische Kundgebungen statt. Woher fordert im gestrigen Beiratsrat die zündende Kriegserklärung an Rußland, wenn dieses seine Abzügen an der Grenze nicht einstellt.

Rußlands Mobilisierung in vollem Gange.

Rotterdam, 30. Mai. Die „Times“ melden aus Petersburg, daß am 27. Mai, Mitternacht, die ordentlichen Verbände für die Dauer der Militärmission ihre Tätigkeit an die Kriegsgeschichte abgegeben haben. Die allgemeine Aushebung im Militärbezirk Petersburg sei seit drei Tagen im Gange. Die eingezogenen Rekruten werden in Militärzügen nach dem Süden abtransportiert.

Sächsischer Landtag.

In der gestrigen Sitzung des Landtages wurde zunächst der Ausbau der Wasserkräften in Sachsen besprochen. Der Antrag Rippe (Dsp.) schlug folgende Summen vor: Für den Bau des Obergabens zu einer Wasserkräftanlage und einem Hochwasserstuhdamme an der vereinigten Mulde bei Wurzen 1 200 000 Mark, für den Bau einer Wasserkräftanlage an der Zwölfer Mulde bei Waldenburg 785 000 Mark, für den Bau einer Wasserkräftanlage am Schwarzwasser bei Tauschwitz 870 000 und schließlich für die Fertigstellung der Wasserkräftanlage an der Freiburger Mulde bei Riesa 1 200 000 Mark. Nach längerer Debatte wurde in namentlicher Abstimmung der Mehrheitsantrag mit 63 Stimmen gegen 17 Stimmen der Deutschnationalen angenommen, die von der Regierung erst noch Kostenschätze für die einzelnen Wasser- und Elektrizitätsanlagen haben wollten.

Sodann erfolgte die Beratung einiger kommunistischer Agitationsanträge, die auf Revision ähnlicher Urteile über politische Verbrechen hinauszielten. Als der Kommunist Berk diese Urteile begründete, waren zeitweilig gerade noch 5 Abgeordnete im Saale. Der Justizminister Rügner wies die Forderungen der Kommunisten zurück, nachdem er die notwendig sich aus einer Amnestie ergebenden Folgen vor Augen gestellt hatte: nämlich den allgemeinen Anreiz, noch mehr politische Verbrechen zu begehen. Am Ende seiner Ausführungen sagte er, zu den Kommunisten gewendet: Anstatt sich über sogenannte ungerechte Urteile zu entrichten, sollten sie lieber mit gutem Beispiel vorangehen und das Volk beruhigen, damit es nicht den sogenannten „Klassenrichtern“ ausgeliefert wird. Die Uebeltäter sind meistens nur Opfer ihrer Verbrechen. Ist es aber ein Wunder, daß die Leute sich gegen Recht und Ordnung auflehnen, wenn kommunistische Landtagsabgeordnete öffentlich zum Ungehorsam gegen die Gesetze und schließlich sogar zum politischen Mord auffordern. Ich werde immer darauf achten, daß streng objektive geurteilt wird, aber

geben sie sich ja nicht der Hoffnung hin, daß bei Aufhebung gegen die Staatsgewalt am Rande zu rechnen sei.

Von Stadt und Land.

Mus, 31. Mai.

Stadtoverordnetenversammlung. In der gestrigen Stadtoverordnetenversammlung schlug zunächst der Stdt. Wolf vor, auf die Tagesordnung die Bewilligung einer Summe für die ausgesperrten Bergarbeiter zu setzen. Es entspann sich auf diesen Antrag hin eine langatmige Debatte über die Zulässigkeit einer Erweiterung der Tagesordnung. Die Beratung über den Antrag Wolf war sodann ans Ende der öffentlichen Sitzung verschoben worden. Eine neue Debatte setzte daher ein bis man sich schließlich dahin einigte, diese ganz Angelegenheit erst nach dem Finanzausschuß zur Beratung vorzulegen. Die Wahl der Abgeordneten zum Bezirksrat ergab aus Liste A, die 13 Stimmen erhielt: Bürgermeister Hofmann, Köhner, Raabe; aus Liste B, die 5 Stimmen erhielt: Ziegler; aus Liste C, die 8 Stimmen erhielt: Köhler. — Der Arbeitersamratkolonne wurde vom Kollegium 125 Mk. für die Gemeindefunktionäre 40 Prozent der Gruppe 3 der Bestenmonats 217,25 Mk. bewilligt. Das Ordisgesetz erhielt sodann einige geringfügige Änderungen: in den Vorschriften über das Kaufmanns- und Gewerbegericht usw., die auf Beanstandungen seitens der Kreishauptmannschaft zurückzuführen sind.

Schlagerer - Gedächtnisfeier. Der Wehrw. 11, Bund deutscher Männer und Frontkrieger, Ortsgruppe Aus hielt am 30. Mai im Saale des Schützenhauses eine zahlreich besuchte Schlagerer-Gedächtnisfeier. Der Saal selbst war mit Birken, Flieder, weiß-grünen und schwarz-weiß-roten Fahnen sehr schön ausgeschmückt. Die Bühne wurde von der charakteristischen schwarzen Totenkopfahne flankiert. Nachdem frische kräftige Militärmärsche die Feier eingeleitet hatten, sprach der Führer der Ortsgruppe Aus, Lt. a. D. Günther, einige Worte der Begrüßung und erläuterte zugleich das Wesen und die Ziele des Wehrw. 11. Ausgehend von der Tatsache, daß der Wehrw. 11 sich von jeder Parteipolitik fernhält — Politik ist im Wehrw. 11 verboten —, lüft der Wehrw. 11 alle wahrhaft deutschgeanteten, wehrhaften Männer zu einigen unter dem Banner: Vaterland, Baron Dr. o. Schultze-Galera aus Rietleben b. Halle hielt dann die Gedächtnisrede auf den Kameraden Albert Leo Schlagerer. Unser unglückliches Vaterland ist so arm an wirklichen Helden geworden, daß es umsonst Pflicht ist, solcher Helden zu gedenken. Was macht heute noch das Leben lebenswert, doch nur die Hoffnung unserem Vaterlande die Freiheit wieder bringen zu helfen. Mit dem Schwur, es dem heldenhaften Kameraden Schlagerer nachzueifern, schloß der Redner seine wertschöpfende Rede. Lebhafter Beifall dankte ihm. Inzwischen waren Abordnungen der Ortsgruppen Marxneukirchen und Schneeburg, sowie Gleichgesinnte aus Schwarzenberg und Eibenstock und der Gauleiter von Südwestsachsen, Forstmeister Michel, mit ihren Fahnen und Muffen in den Saal einmarschiert. Gedichtvorträge und allgemeine Gesänge umrahmten die Feier wertschöpfend. Vor ihrem Schluß gedachte Baron von Schultze-Galera noch der sich in diesen Tagen jährenden Slagerer-Feyer und forderte die Wehrw. 11 auf, wieder den alten Mut, die alte Entschlossenheit und die alte Kameradschaft zu erwecken und hochzuhalten, dann werde es mit Deutschland wieder bergauf gehen. Mit dem Deutschlandblei endete die erhabend verlaufene Feier.

Deutscher Sprachverein Aus. Dienstag, den 27. Mai 1924. Die diesjährige Hauptversammlung statt. Die Zahl der Mitglieder ist auf 97 angewachsen. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Er besteht aus den Herren Studierat Köber, Verwaltungsdirektor Hennig und Fabrikbesitzer Kugler. Nach Eröffnung des geschäftlichen Teils hielt Herr Studierat Köber einen Vortrag über: „Deutsche Sprache in Ost- und Westpreußen“. Der Redner sprach die deutsche Sprache in den Grenzländern. Der Redner schloß in eingehender Weise, wie schwer die Deutschen vor allem